

1. Welche Schritte plant Ihre Partei, um das wichtige Zusatzprotokoll und die Überprüfung durch den UN-Ausschuss auf Landesebene noch zur Ratifizierung zu bringen?

Sollte Volt im Abgeordnetenhaus vertreten sein, werden die Abgeordneten sich mit Ihrem Mandat dafür einsetzen, die Umsetzung der sozialen Menschenrechte durch den zuständigen UN-Ausschuss regelmäßig überprüfen zu lassen. Wir setzen uns als Ziel, die Forderungen des UN-Ausschusses zu erfüllen und planen mit hierfür mit Zivilgesellschaftlichen Akteure zusammenzuarbeiten.

2. Welche konkreten Maßnahmen will ihre Partei in Angriff nehmen, um der immer starker werdenden Prekarisierung und der Inflation, die vor allem einkommensschwache Menschen trifft, entgegen zu wirken?

Um den Entwicklungen der Inflation entgegenzuwirken, will Volt bezahlbaren Wohnraum durch neuen sozialen Wohnungsbau schaffen sowie progressive Besteuerung, Bildungs- und Ausbildungsprogramme und die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen verfolgen.

3. Welche Schritte unternehmen Sie, um das soziale Menschenrecht auf angemessenen Wohnraum für alle zu bezahlbaren Preisen als subjektives und gerichtlich durchsetzbares Recht sowie auch als Grundrecht im Grundgesetz zu verankern?

»Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum«, garantiert Artikel 28 der Berliner Landesverfassung. Leider gerät dieses Grundrecht durch extreme Mietsteigerungen und wachsende Wohnungsnot zunehmend in Gefahr. Wohnraum und Bauland sind nicht unbegrenzt verfügbar, deshalb müssen bei ihrer Verteilung auch soziale Kriterien eine Rolle spielen. Volt setzt sich ein für ausreichenden bezahlbaren Wohnraum in Berlin, für vielfältige und lebendige Kieze, sowie für klimafreundliches Wohnen und einen ökologischen Bausektor. Unsere europäischen Nachbarn haben in den letzten Jahren bereits bewiesen, wie der Wandel hin zu einer sozialen und nachhaltigen Wohnungspolitik gelingen kann: sozial wohnen wie in Wien, effizient bauen wie in den Niederlanden und begrünte Gebäude wie in Mailand der Düsseldorf.

4. Sehen Sie in der Enteignung und Vergesellschaftung großer Immobilien-Unternehmen, wie es Berliner Mieter:inneninitiativen mit einem Volksbegehren durchsetzen wollen, eine legitime und wirksame Möglichkeit, die Profitexplosion am Wohnungsmarkt zu begrenzen?

Die Enteignung von Wohnungsunternehmen ist keine nachhaltige Lösung für das Wohnungsproblem in Berlin und würde vermutlich langwierige Rechtsstreitigkeiten nach sich ziehen. Stattdessen sollte der Fokus auf dem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, einer fairen Verteilung des Wohnraums und der Eindämmung von Mietpreissteigerungen liegen. Wir fordern ergänzend eine Sonderabgabe auf erhöhte Mieten und eine Umlage dieser Einnahmen in den sozialen Wohnungsbau.

5. Wie wollen Sie ganz konkret mit dem Ergebnis zum Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ umgehen und welche Schritte planen Sie zur Umsetzung?

Die Enteignung von Wohnungsunternehmen ist keine nachhaltige Lösung für das Wohnungsproblem in Berlin und würde vermutlich langwierige Rechtsstreitigkeiten nach sich ziehen. Stattdessen sollte der Fokus auf dem Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, einer fairen Verteilung des Wohnraums und der Eindämmung von Mietpreissteigerungen liegen. Wir fordern ergänzend eine Sonderabgabe auf erhöhte Mieten und eine Umlage dieser Einnahmen in den sozialen Wohnungsbau. Volt lehnt das

Konzept des Mietendeckels ab und setzt sich stattdessen für eine umfassende Wohnungspolitik ein, die sowohl den Wohnungsbau fördert als auch Maßnahmen zur Entlastung von Mietern beinhaltet. Zudem fordern wir eine Sonderabgabe auf überhöhte Mieten und die Investition der Einnahmen in sozialen und klimagerechten Wohnungsbau. Grundsätzlich setzt sich Volt dafür ein, dass der Bund den Ländern und Kommunen ermöglicht, eigene Regelungen zusätzlich zur Mietpreisbremse einzuführen.

6. Im Zuge der Covid-Pandemie gehen Studien davon aus, dass die Zahl der Wohnungslosen in Berlin gestiegen ist. Welche Schritte plant Ihre Partei zu unternehmen, um dieser steigenden Anzahl entgegenzuwirken?

Unser Konzept zur Reduktion von Wohnungslosigkeit fußt auf drei Säulen:

Wir möchten Präventionsangebote deutlich ausbauen, neu strukturieren und besser zugänglich machen. Hierzu schlagen wir die Schaffung von sog. Fachstellen für Wohnungslosigkeit vor, in denen Beratungsangebote und Hilfen des Staates und der freien Träger gebündelt und harmonisiert werden. Wir möchten Housing First deutlich ausbauen und als zentralen Baustein zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit etablieren. Wir sind der Auffassung, dass eine nachhaltige Reduktion der Wohnungs- und Obdachlosigkeit nur durch enge europäische Zusammenarbeit erreicht werden kann. Alle Menschen sollen in Berlin die Hilfen erhalten, die sie benötigen, unabhängig von ihrem Herkunftsland. Hierfür sollen in Europa vergleichbare Standards etabliert und Hilfsangebote über Grenzen hinweg angeboten werden. Außerdem müssen die Behörden der verschiedenen Staaten enger kooperieren, damit die Hilfen die Menschen erreichen, die sie auch benötigen.

7. Das medizinische Personal in den Berliner Kliniken meldet seit Monaten eine Überlastungssituation an. Im Zuge der Covid-Pandemie hat sich die Situation drastisch verschlechtert und auch Kinder-Stationen melden mittlerweile eine besorgniserregende Auslastung an. Welche Schritte gedenkt Ihre Partei zu unternehmen, um das medizinische Personal vor Ort zu schützen und zu stärken?

Um dem Pflegenotstand entgegenzutreten, ist es unumgänglich, Fachkräfte aus dem Ausland nach Berlin zu holen. Hierfür sollten sowohl die bürokratischen Verfahren als auch die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vereinfacht werden. Generell setzt sich Volt als eine paneuropäische Partei dafür ein, dass in der medizinischen Versorgung soll für alle ein Optimum auf europäischer Ebene erreicht werden. Alle Berufsgruppen, die im Gesundheitswesen tätig sind (Alten-, Gesundheits- und Kranken-, Kinderkrankenpfleger*innen, Hebammen, Ärzt*innen, Apotheker*innen und Mitarbeiter*innen, Therapeuten*innen, Rettungsfachpersonal u. a.), sollen verbesserte Arbeitsbedingungen, Ausbildung und, wenn noch nicht vorhanden, gesellschaftliche Vertretungen erhalten. Volt setzt sich dafür ein, dass im Gesundheitswesen primär die Patientenversorgung im Vordergrund steht und die Ökonomisierung sekundär ist. Gesundheitseinrichtungen sollten wirtschaftlich handeln, dies darf jedoch niemals zur Benachteiligung der Patienten führen und medizinethische Aspekte müssen stets berücksichtigt werden.

8. Wie positioniert sich Ihre Partei zur angestrebten Umsetzung der Gesundheitsreform in Verbindung mit der derzeit bestehenden Arzneimittelknappheit, Schließung der Apotheken, u.a?

Wegen der Auslagerung der Produktion außerhalb der EU haben sich Versorgungsengpässe von Arzneimitteln, Medizinprodukten und Schutzausrüstung verschärft. Produktion in Europa unabhängig zu werden -VOLT unterstützt die Gesundheitsreform. Wir wollen kurzfristig eine kooperative

Zusammenarbeit der EU Mitgliedstaaten statt nationaler Alleingänge erreichen. Wir setzen uns mittelfristig für eine europäische Präventionsstrategie zur Gesundheitserhaltung ein. Langfristig wollen wir die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung und des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für alle Bürger*innen Europas erreichen.

9. Was unternehmen Sie, um den strukturellen und institutionellen Rassismus in den Behörden, insbesondere Polizei und Ausländerbehörden, aber auch in Bildungseinrichtungen und der Justiz wissenschaftlich untersuchen zu lassen und wirksam zu bekämpfen?

Um eine verbesserte Verfolgbarkeit von rechtswidrigem Handeln von Polizeibeamten zu gewährleisten, und den Empfehlungen des UN-Menschenrechtsausschusses, des UN-Ausschusses gegen Folter und des Menschenrechtskommissars sowie des Anti-Folter-Komitees des Europarats gegenüber Deutschland nachzukommen, fordert Volt: • Die Einrichtung von unabhängigen Stellen zur Untersuchung von Beschwerden gegen Angehörige der Polizei nach europäischem Best-Practice Beispiel (z. B. Dänemark oder das Vereinigte Königreich). • Über diese Beschwerdemöglichkeit und weitere Rechte sind die Bürger*innen in angemessener und verständlicher Form, z. B. durch Aushänge in den Polizeidienststellen, zu informieren. • Außerdem muss der Verbreitungsgrad diskriminierender Vorgehensweisen (z. B. Racial Profiling) innerhalb der polizeilichen Arbeit in Form von unabhängigen wissenschaftlichen Studien untersucht werden, wie von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz gefordert.

10. Wie wollen Sie – unter maßgeblicher Beteiligung der betroffenen Gruppen und ihrer Organisationen – für eine kritische Aufarbeitung und Überwindung der rassistischen Feindbilder wie die gegen Muslim:in, Jud:innen, Sinti:ze und Rom:nja und BIPOC sorgen?

Die Partei Volt setzt sich für eine kritische Aufarbeitung und Überwindung von rassistischen Feindbildern ein. Dies geschieht unter maßgeblicher Beteiligung der betroffenen Gruppen und ihrer Organisationen. Mögliche Maßnahmen könnten beispielsweise Aufklärungs- und Bildungsarbeit, die Förderung von Intergruppendialog und die Unterstützung von Projekten zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller ein.

11. Wie wollen Sie Art. 2 des schon lange ratifizierten UN-Abkommens zur Beseitigung rassistischer Diskriminierung (ICERD) erfüllen, wonach die Rechte aus dem UN-Sozialpakt in allen gesellschaftlichen Bereichen (Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheitsversorgung u.a.) sicher zu stellen sind?

Wir wollen in Institutionen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen das Bewusstsein für strukturelle Diskriminierung stärken. Dazu sollen Mitarbeiter*innen durch Fortbildungen für strukturelle Diskriminierung und Rassismus sensibilisiert werden. Wir setzen uns für ein wirksames Vorgehen gegen Hetze und Hassverbrechen ein. Dazu wollen wir das Strafrecht um weitere Merkmale gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (z. B. Behinderten- und Queerfeindlichkeit) ergänzen. Außerdem wollen wir Mitarbeiter*innen in Polizei und Justiz entsprechend sensibilisieren sowie flächendeckend spezifische Ansprechpersonen (wie z. B. für LGBTIAQ+ bereits bestehend) benennen.

12. Wie wollen Sie die Rechtsprechung des UN-Ausschusses zur Beseitigung der Rassendiskriminierung und des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte umsetzen, dass

rassistische Beleidigungen und Volksverhetzung nicht durch die Meinungs- oder Pressefreiheit gerechtfertigt sein können?

Wir wollen den Begriff „Rasse“ in allen Gesetzestexten ersetzen. Dazu wollen wir gemeinsam mit Expert*innen und betroffenen Gruppen eine andere Formulierung für den Begriff finden. Wir wollen bundeseinheitliche Definitionen zu Rassismen schaffen. Diese müssen benennbar sein und brauchen eine verbindliche rechtliche Definition, um rassistische Gewalt als Tatbestand festlegen zu können.

13. Wie wollen Sie für die Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für von Rassismus Betroffene in allen gesellschaftlichen Bereichen sorgen?

Wir setzen uns für einen Ausbau und eine Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ein. Diese muss institutionell und operativ unabhängig sein und ihre Kompetenzen müssen erweitert werden. Unterschiedliche Diskriminierungsformen und ihre spezifischen Wirkungsweisen müssen erfasst und es muss jeweils mit spezifischen Maßnahmen reagiert werden. Dazu braucht es für die unterschiedlichen Diskriminierungsformen jeweils Beauftragte, die Expert*innen für die einzelnen Bereiche sind.